

Credit Suisse

Die Grossbank schreibt
bessere Zahlen als erwartet

Zweites Quartal — 31

Pokémon-Fieber

Wie Schweizer Firmen
davon profitieren

Umsatzplus — 31



SMI 8194 0,5% SPI 8877 0,6% STOXX50 2972 0,5% DAX 10 147 0,8% Dow Jones 18 570 0,3% EUR/CHF 1.08 -0,2% USD/CHF 0.98 0,6% Eidgenosse 10 J. -0,51 8,9% Brentöl 45.64 USD -4,5% Gold Fr./kg 42 003 0,3% (im Wochenvergleich)



422 Millionen Dollar an einem einzigen Tag überwiesen: Sergei Pugatschow in seiner Wohnung in Nizza
Foto Redux/laif

Gefallener Oligarch verschob 700 Millionen Dollar über Genf

Über Konten der Bank Société Générale in Genf flossen riesige Mengen Geld aus zweifelhafter russischer Quelle. Die Genfer Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Geldwäscherei und hat Konten blockiert

Christian Brönnimann

Genf Der bärtige Mann, um den es hier geht, hat ein Problem: Der russische Präsident Wladimir Putin ist hinter ihm her. Genauer: hinter seinem Milliardenvermögen. Der Mann heisst Sergei Pugatschow, bewegte sich lange Zeit im engsten Machtzirkel des russischen Präsidenten, war Senator der Region Tuva und trug den Übernamen «Putins Bankier» – bis er im Kreml in Ungnade fiel und 2011 ins englische Exil flüchtete.

Seither tobt zwischen dem russischen Staat und Pugatschow ein Rechtsstreit. Russland will vom gefallenen Geschäftsmann rund zwei Milliarden Dollar. Ihm wird vorgeworfen, unrechtmässig Staatsgeld in die eigenen Taschen gelenkt zu haben. Recherchen in den Panama Papers zeigen nun, wie Hun-

derte von Millionen möglicherweise veruntreuter Gelder innert kurzer Zeit über Konten Pugatschows bei der Bank Société Générale in Genf verschoben wurden.

Die Geschichte beginnt mit der weltweiten Finanzkrise 2008. Pugatschows eigener Bank, der Meschprombank, drohte der Kollaps. Um den zu verhindern, schoss die russische Zentralbank im Oktober und November – umgerechnet mit dem damaligen Wechselkurs – knapp zwei Milliarden Dollar ein. Ende November 2010 ging die Meschprombank trotzdem in Konkurs – es war einer der grössten Finanzskandale Russlands.

Russlands Verdacht: Pugatschow liess die Bank absichtlich untergehen, um sich persönlich zu bereichern. Denn kurz nach der staatlichen Finanzspritze flossen riesige Summen von der Mesch-

prombank ab. Über 700 Millionen Dollar landeten via USA in der Schweiz – auf einem Konto bei der Société Générale in Genf. Das Konto lautete auf den Namen der zypriotischen Firma Safelight, die Pugatschow gehörte und bei der sein Sohn Alexander Direktor war.

Behörden vermuten eine Verschleierungsaktion

Doch das war erst der Anfang. Zwischen Februar und November 2010 floss ein grosser Teil des Geldes vom Safelight-Konto durch bis zu fünf weitere Konten bei der Société Générale. Die grösste Transaktion belief sich auf knapp 422 Millionen Dollar. In einigen Fällen lagen zwischen den einzelnen Überweisungen bloss Stunden oder Tage. So trafen am 8. November 2010 knapp 292 Millionen Dollar auf einem der Konten ein. Gleichtags flossen

von diesem Konto total 118 Millionen auf vier andere Konten. Zwei Tage später erfolgte eine 161-Millionen-Transaktion auf ein weiteres Konto.

Auf dem Papier gehörte jedes Konto einer anderen Offshore-Firma – auf den Britischen Jungferninseln etwa. Doch dahinter steckte Sergei Pugatschow. Das zeigt ein Entscheid der Genfer Staatsanwaltschaft vom Dezember 2014, der sich in den Panama Papers findet. Bei fast allen der 14 darin erwähnten Société-Générale-Konten ist Pugatschow als deren wirtschaftlich Berechtigter bezeichnet. Die Behörden vermuten, dass die vielen Transaktionen dazu dienten, die Herkunft des Geldes zu verschleiern. Laut dem Entscheid flossen kleinere Beträge zwischen 100 000 und 12 Millio-

nen Dollar von der Société Générale auf Konten bei der Credit Suisse, der Hapoalim und der Crédit Agricole Schweiz, deren Besitzer nicht bekannt sind.

Sergei Pugatschow streitet die Vorwürfe gegen ihn kategorisch ab. Gemäss seiner Darstellung verfolgt ihn der russische Staat aus politischen Gründen. Sein Prozessberater Michael McNutt sagt, die 700 Millionen auf dem Safelight-Konto stammten nicht aus Geldern der russischen Zentralbank, sondern seien Teil eines Investments von Pugatschows Firmen. Das Geld sei auf Anweisung eines einstigen Beraters Pugatschows zu einer Schweizer Bank transferiert worden, um es vor der Enteignung durch Russland zu schützen. Ohnehin sei Pugatschow seit 2003 gar nicht mehr

Eigner der Meschprombank gewesen und könne daher auch nicht für deren Bankrott oder allenfalls entwendete Gelder verantwortlich gemacht werden.

Die Bank Société Générale äussert sich nicht zu konkreten Fragen, etwa ob sie die Transaktionen der Meldestelle für Geldwäscherei im Bundesamt für Polizei gemeldet hat oder nicht. Generell betont sie, alle Vorschriften zu befolgen und die nötigen Kontrollen im Kampf gegen Geldwäsche jederzeit durchzuführen.

Im Entscheid der Genfer Staatsanwaltschaft geht es darum, ob die Schweiz Russland Rechtshilfe leisten soll. Die Staatsanwaltschaft und später auch das Bundesstrafgericht bejahen dies. Im Dezember überstellte die Schweiz Bank-



Panama Papers

Streit um Uber eskaliert

Die Ausgleichskasse Zürich setzt den Mitfahrdienst unter Druck und stellt Rechnung für Sozialversicherungsbeiträge – Uber will dagegen rechtliche Schritte ergreifen

Vasilije Mustur

Der seit zwei Jahren schwelende Streit um den US-Taxidienstleister Uber spitzt sich zu. Die Zürcher Ausgleichskasse ist nicht mehr bereit, sich von der Uber Switzerland GmbH hinhalten zu lassen. Das Unternehmen mit Sitz in Zürich habe bis Ende Januar Zeit, alle im Vorjahr ausbezahlten Löhne zu melden, sagt Daniela Aloisi, Sprecherin der zuständigen Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich. Auf dieser Basis werde dann die Schlussabrechnung für die Sozialversicherungsbeiträge erstellt.

«Wenn wir aber feststellen, dass ein von der Suva gemeldeter Taxifahrer auf der Lohnliste fehlt, dann verlangen wir, diese nachzumelden – und wenn diese Meldung ausbleibt, dann erstellen wir eine Verfügung», schiebt Aloisi nach.

Der Medianlohn für Taxichauffeure liegt laut dem Lohnrechner des Bundes bei 3886 Franken. Die Anzahl Uber-Fahrer in der Schweiz liegt nach Berechnungen von Julius-Bär-Analyst Michael Studer im vierstelligen Bereich. Die Rechnung der Ausgleichskasse für Uber dürfte folglich im fünf- bis sechsstelligen Bereich liegen.

Bundesgericht urteilte schon 2014 über Unselbstständigkeit

Hintergrund des Rechtsstreits ist die Weigerung von Uber, für seine Fahrer die Sozialversicherungsabgaben zu übernehmen. Seit 2014 ist der Taxivermittler in der Schweiz aktiv. Uber legt dabei die Preise für die Taxifahrten fest und fordert von den Fahrern eine Provision zwischen 25 bis 30 Prozent.

Uber stellt sich auf den Standpunkt, das Unternehmen sei eine Vermittlungsplattform. Somit handle es sich bei den Fahrern um Selbstständigerwerbende. Sie alleine müssten für die Unfall- und Sozialversicherungskosten aufkommen. Die Unfallversicherung Suva widerspricht dieser Darstel-



Taxidienst: Ob Uber-Fahrer selbstständig oder angestellt sind, ist umstritten

Foto: René Ruis

lung vehement und taxiert die Fahrer als Angestellte von Uber. Die Zürcher Ausgleichskasse hat von der Suva bis heute 70 ablehnende Entscheide zu Fahrern von Uber und Taxizentralen in dieser Sache erhalten – und gibt der Suva Rückendeckung. Sprecherin Daniela Aloisi betont, das Bundesgericht habe bereits 2014 die Frage, wann ein Taxifahrer als selbstständig oder unselbstständig zu behandeln sei, beantwortet. «Wer die Aufträge von einer Taxizentrale zugewiesen bekommt – Telefon oder Internet ist unerheblich – gilt als unselbstständig. Die Suva hat dies auch für Uber-Fahrer so beurteilt. Der Arbeitgeber muss die Sozialversicherungsbeiträge abrechnen.»

Über könnte wegen Zahlungen der Spirit ausgehen

Uber-Schweiz-Chef Rasoul Jalali ist sich wohl bewusst, dass wegen des Streits das Geschäftsmodell seines Unternehmens in Gefahr geraten ist. Aus diesem Grund verschärft er merklich den Ton. Uber will das Leiturteil des Bundesgerichts von 2014 nicht nur ignorieren, sondern zeigt sich entschlossen, die nächste Eskalationsstufe auszulösen. «Wir wollen dazu beitragen, dass die Frage, ob Fahrer sozialversicherungspflichtig sind, sachlich und konstruktiv geführt wird. Hierzu sind wir auch bereit, rechtliche Schritte zu ergreifen», sagt Jalali.

Eine ähnliche Auseinandersetzung gab es bereits in den USA. Dort forderten Uber-Fahrer in einer Sammelklage, als Angestellte des Mitfahrdienstes klassifiziert zu werden. Dieser konnte eine Verurteilung mit einem Vergleich abwenden. In einem ersten Schritt will Uber 84 Millionen Dollar an rund 385 000 Fahrer ausschütten. Weitere 16 Millionen folgen, wenn der Firmenwert nach einem Börsengang mehr als 50 Prozent höher sein sollte als bisher. Im Gegenzug bleiben die Uber-Fahrer Selbstständigerwerbende.

Fortsetzung

Gefallener Oligarch...

unterlagen zu den erwähnten Konten nach Moskau. Wichtig für die positive Beurteilung war eine Einschätzung des Eidgenössischen Aussendepartements, wonach die Verfolgung Pugatschows durch Russland materiell begründet sei.

Die Genfer Justiz führt ein eigenes Verfahren wegen Verdacht auf Geldwäscherei. Vermögenswerte von Pugatschow sind auch hierzulande blockiert, wie die Genfer Staatsanwaltschaft bestätigt. Über deren Höhe und zu weiteren Fragen gibt sie keine Auskunft. Unklar ist, wer im Fokus der Ermittler steht – Pugatschow, seine Helfer oder die Société Générale.

Die Details zu Pugatschows Geldkarussell werden nun bekannt, weil viele seiner Offshore-Firmen von der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca geführt wurden. Aus dieser Kanzlei sind 11,5 Millionen Dokumente abgeflossen, die Journalisten nun weltweit analysieren – die sogenannten Panama Papers.

Im riesigen Datenleck finden sich weitere Indizien dafür, dass tatsächlich Gelder von Pugatschow in der Schweiz gewaschen wurden. So wurde beispielsweise eine der zentralen Offshore-Firmen mit Genfer Bankkonto just dann gegründet, als Pugatschows Meschprombank in Russland im Herbst 2008 die zwei Milliarden Dollar Staatsgeld erhielt. Eine zweite zentrale Firma hoben Pugatschows Helfer im November 2009 aus der Taufe. Drei Monate später trafen auf dem Konto dieser Firma rund 430 Millionen Dollar ein.

Firmen sollten schnell reaktiviert werden

Ende 2011 wiesen Pugatschows Helfer Mossack Fonseca an, die beiden erwähnten Firmen wieder zu schliessen. Sie hatten ihren Zweck offenbar erfüllt. Die riesigen Geldsummen auf ihren Konten waren so rasch wieder verschwunden, wie sie aufgetaucht waren. Nur so ist es zu erklären, dass die Société Générale auf den Formularen zur Saldierung der Konten vom 12. Dezember 2011 angab, in den letzten zwölf Monaten seien durchschnittlich nur 2000 respektive 150 000 Dollar auf den

Konten gelegen. Einziger Direktor bei beiden Firmen war ein im Kanton Genf wohnhafter schweizerisch-französischer Doppelbürger. Gemäss einem Vertrag verdiente er für seine Dienste mehrere Hunderttausend Dollar.

Die Schliessung der zwei Firmen wurde 2014 für Pugatschow zum Problem. Denn nur aktive Firmen können juristische Entscheidungen anfechten, etwa zur Schweizer Rechtshilfe. Per Mail bat eine Assistentin von Pugatschow Mossack Fonseca deshalb, die zwei Firmen so schnell wie möglich zu reaktivieren. Spätestens dann merkte die Kanzlei, dass die Firmen möglicherweise in illegale Geschäfte ver-

wickelt waren. Ein Anwalt von Mossack Fonseca schrieb über ein Rechtsgutachten im Zusammenhang mit der Reaktivierung der Firmen: «Das Gutachten ist genau, was ich erwartet habe. Es vermittelt den Eindruck, dass die Firmen etwas verstecken wollen.»

Trotzdem versuchte Mossack Fonseca mit allen Mitteln, die beiden Firmen wieder zum Leben zu erwecken. Allerdings sind die Hürden dafür hoch, und zumindest bis Ende 2015 gelang es nicht. Während die eine Mossack-Fonseca-Abteilung weiter für Pugatschow arbeitete, realisierten die Compliance-Verantwortlichen im Frühling 2015, dass der Ex-Oligarch zu

einem Reputationsrisiko geworden war: Im November 2014 hatte auch Interpol einen Haftbefehl gegen Pugatschow erlassen.

Pugatschow reagiert mit einer 12-Milliarden-Klage

In der Folge stiess Mossack Fonseca auf sage und schreibe 92 Firmen, die entweder Pugatschow oder einem seiner zwei Söhne gehörten. Für deren Verwaltung kassierte die Kanzlei jährlich 150 000 Dollar. Trotzdem beschloss ihre Führung im Mai 2015, alle Firmen abzustossen, auch weil Pugatschow Mossack Fonseca gegenüber keine Informationen über die Herkunft der Vermögenswerte einiger Firmen offenlegte. Zu einer der Firmen reichte Mossack Fonseca bei der Aufsichtsbehörde der Britischen Jungferninseln im Juli sogar einen «Bericht über verdächtige Handlungen» ein.

An den Gerichten musste Pugatschow nicht nur in der Schweiz Niederlagen einstecken. In Moskau wurde er zur Rückzahlung von umgerechnet einer Milliarde Dollar verurteilt. In London verurteilte ihn der High Court letzten Februar zu zwei Jahren Gefängnis, weil er sich wiederholt den Anord-

nungen des Gerichts widersetzt und Falschsaussagen gemacht hatte. Die Urteile können allerdings nicht vollstreckt werden. Pugatschow setzte sich letzten Sommer von London nach Frankreich ab, nachdem er Peilsender unter seinem Rolls-Royce gefunden hatte. Frankreich, dessen Staatsbürgerschaft Pugatschow seit 2009 besitzt, liefert ihn nicht aus.

Von Nizza an der südfranzösischen Küste holte Pugatschow zum juristischen Gegenschlag aus. Am Ständigen Schiedshof in Den Haag reichte er eine Klage gegen Russland ein und verlangt seinerseits 12 Milliarden Dollar: Russland habe ihm unrechtmässig seine Besitztümer weggenommen, darunter grosse Schiffswerften.

In der westlichen Öffentlichkeit positionierte er sich gekonnt als Putin-Kritiker und Opfer des allmächtigen russischen Staats – zuletzt vor ein paar Wochen in einem grossen Artikel in der «New York Times». In der internationalen Ausgabe trug der Artikel den Titel: «Tycoon fears Russia's reach» – zu Deutsch: «Magnet fürchtet sich vor Russlands Verfolgung».

Finalement, l'examen du compte de SAFELIGHT ENTERPRISES LTD a permis d'identifier d'importants virements effectués vers le compte n° 2938900 FINANCIAL INVESTMENT SOLUTIONS LTD et dont Sergey PUGACHEV est l'ayant droit économique, en particulier trois virements intervenus le 1^{er} février 2010 et portant sur les sommes de USD 421'751'000.-, EUR 2'702'167.43 et EUR 5'312'000.-.

L'analyse de la documentation du compte de FINANCIAL INVESTMENT SOLUTIONS LTD a, à son tour, permis d'identifier d'importants virements effectués vers le compte n° 2970400 ENDERTON COMPANY LTD dont Sergey PUGACHEV est l'ayant droit économique, en particulier trois virements de EUR 27'149'766.- le 23 juillet 2010, EUR 5'000'000.- le 9 août 2010 et USD 291'950'080.- le 8 novembre 2010.

Le compte d'ENDERTON COMPANY LTD a été débité à de nombreuses reprises. Les virements suivants ont notamment pu être identifiés:

- Un virement de USD 161'488'292.- fait le 10 novembre 2010 avec pour destination le compte n° 2518900 ouvert au nom de DOMREIS INVESTMENTS SA auprès de la banque SOCIETE GENERALE PRIVATE BANKING (SUISSE) SA et dont Sergey PUGACHEV est l'ayant droit économique.

In kurzer Zeit riesige Summen verschoben: Auszug aus dem Entscheid der Genfer Staatsanwaltschaft vom 15. Dezember 2014 über die Rechtshilfe an Russland